

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch Kellner 1,20 Mk. für die Woche, 6.—Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 0,10 Mk. für den Monat.

Postfach Nr. 23885  
„Sozialistischer Verlag“ e. V. m. B. G., Breslau.

Einzelnummer: Die Spezialene Wollmeterzelle über deren Raum 2,20 Mk., anwärts 2,20 Mk.  
Glas- und Holzmeterzelle, Gewissenswächter, Verlags- und Verlagsanlagungs-Apparate 6,00 Mk.  
Kellner: Die Wollmeterzelle, bezugsfertig über deren Raum, bei Post 5.—Mk.

## Arbeiter! Erwerbslose! Beamte!

Tiefe Trauer erfüllt uns alle über das Proletarierblut, das die Bourgeoisie am 27. Dezember freventlich vergossen hat. Das war die Weihnachtsfeier, die uns der Klassenfeind zugedacht hatte. Die Schwach brennt uns im Antlitz!

### Heraus zum Protest! — Keiner fehle!

Zeigt Eure Solidarität und Eure Entschlossenheit, gegen solche Anschläge wider Euer Leben vorzugehen. Erscheint in Massen zu den öffentlichen

**Protest-Versammlungen, Donnerstag, den 30. Dezember, im Zentral-Ballsaal, Bestenstr. 50/52 und Ballsaal Sanssouci, Rehlgaße 11, um 7 Uhr abends.**

Laßt Euch nicht provozieren! Haltet revolutionäre Disziplin!

B. A. W. D.

## Politische Uebersicht.

### Die Beamten.

Sämtliche Angestellten des Staates, Beamte und Arbeiter, werden ihre Forderungen nunmehr gemeinsam stellen und durchhalten! Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften hat sich auf den Boden der Forderungen der vereinigten Eisenbahnerorganisationen gestellt. Der Gesamtverband hatte in seinen früheren Beschlüssen keine weitere Haltung von den Entschliessungen des Reichstages abhängig gemacht. Nachdem der Reichstag die Forderungen des Gesamtverbandes in wesentlichen Punkten nicht erfüllt hat, sieht sich der Gesamtverband veranlaßt, erneut mit seinen Wünschen an die Regierung und das Parlament heranzutreten.

Eine Funktionärversammlung der Hamburger Beamtengruppen der Eisenbahn fordert den Hauptvorstand auf, bei einer Ablehnung der Forderungen, der Regierung den schärfsten Kampf anzusagen. Man werde sich durch das Streikverbot nicht einschüchtern lassen und erwarte, daß die Parole zur Arbeitsniederlegung gegeben werde. Bei etwaiger Ablehnung der Forderungen werde ein wesentlicher Teil der Hamburger Eisenbahner auch ohne Anweisung von Berlin den Streik beginnen.

Der Eisenbahndirektionspräsident in Berlin hatte ein Verbot unter Androhen der sofortigen Amtsenthebung bei einer eventuell stattfindenden Urabstimmung der Beamtenenschaft über den Streik erlassen. Trotz dieses Verbotes wurde die Abstimmung in fast allen Büros durchgeführt.

### Nützliche Spizelei im Eisenbahnbetrieb.

Dem Deutschen Eisenbahnerverband wurde von einer Dienststelle folgendes Schreiben übermittelt:

#### Vertraulich!

1. Bei der außerordentlichen wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung, die jede Bewegung unter dem Eisenbahnerpersonal — sei sie politischer oder wirtschaftlicher Natur — in sich schließt, ist es dringend notwendig, über diese Vorgänge fortlaufend unterrichtet zu werden.

2. Angelegenheiten anderer, nicht zu den Eisenbahnergehöriger Kreise sind nur insoweit zu erwähnen, als sie von Einfluß auf irgendwelche Vorgänge innerhalb des Eisenbahnerpersonals sind.

3. Ueber besondere und ungewöhnliche Vorkommnisse und Anzeichen ist naturgemäß jederzeit kurz zu berichten. Termin zu 1 und 2 jeweils bis bestimmt 20. jeden Monats.

Termin vermerken! Feilanzzeige nötig!

Unterschrift der Dienststelle.

Es steht fest, daß heute in den Reichsbahnen reaktionäre Offiziere, Vertrauensmänner der Reichswehr und ähnliches Geschlecht sich mit der „Abwehr“ des Dienstpersonals beschäftigen. Die Eisenbahnverwaltung scheut keine Kosten, um die infame Spizelei in großem Maßstabe durchzuführen. Das bedauert, was allem Anderen abgesehen, das Defizit der Eisenbahnen nur noch größer wird, bekümmert die Herren nicht, die unter Verführung

auf dieses Defizit die Lohnforderungen der hungernden Eisenbahner ablehnen.

### Die „Lösung“ der Gehaltsfrage.

Die Reichs-Finanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als etwa ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januargehalts verstrichen ist.

Die „Lösung“ der Gehaltsfrage ist also — Auszahlung des Gehalts im voraus! Klassische Lösung!

### Französische Truppentransporte nach Polen? Eisenbahner Mätung!

Wie aus Süddeutschland gemeldet wird, hat die oberste französische Befehlsbehörde der 3. französischen Infanteriedivision, deren Standort Mainz ist, Befehl zugehen lassen, sich marschbereit zu halten und zwar soll diese Division nach Polen abtransportiert werden. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob der Transport auf dem Wasser- oder Landwege geschehen soll. Als Tag des Abmarsches wird der 28. Dezember angegeben.

Die Absendung französischer Truppen nach Polen kann nur eine Rückenstärkung der polnischen Regierung bezwecken, sei es in Bezug auf die Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland oder gegen die polnischen Arbeiter. Jedenfalls erfordert es die Ehre der deutschen Arbeiterenschaft, daß kein Soldat der französischen Konterrevolution über deutschen Boden nach Polen gelangt.

Die Eisenbahner im ganzen Reiche haben die Pflicht, auf die Truppentransporte aus dem Westen ein wachsames Auge zu haben.

Kein französischer Soldat darf von den Eisenbahnern befördert werden.

### Wieder: Streik — Kündigung.

Wagung: In den Streik getreten ist die 2000 Mann starke Belegschaft der Hösch-Kupferwerke in Sienburg. Die Leitung der Werke hat der gesamten Belegschaft gekündigt.

### Kohlenpreiserhöhung in Oberschlesien.

Die Oberschlesische Kohlenkonvention hat beschlossen, die Kohlenpreise mit Wirkung vom 1. Januar 1921 um 30 Mark die Tonne zu erhöhen. — Die Profite der ober-schlesischen Unternehmer sind gewaltig — trotzdem haben sie jetzt wieder eine beträchtliche Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen. Den Schaden haben natürlich die Verbraucher, denn wenn die Kohle — als Grundstoff — teurer wird, wird alles andere teurer.

### Buchdruckerstreik in der Schweiz.

Folge von Lohnstreitigkeiten ist im Schweizer Buchdruck- und Zeitungsgewerbe Streik ausgebrochen. Die Arbeit wurde in Bern und S. Gallen völlig, in Genf teilweise eingestellt. In den übrigen Städten der Schweiz erscheinen die Zeitungen noch.

## Was nun?

Von Karl Becker.

Die Regierung und die Parteien des Reichstages von den Deutschnationalen bis zu den Rechtssozialisten haben den hungernden und verlumpten Beamtenmassen den Gehaltsfrage durch die Drohung mit dem Rücktritt offen als politische Reichsfrage aufgeworfen. Die Parteien des Reichstages einschließlich der Rechtssozialisten fordern von den Beamten und Staatsarbeitern durch Ablehnung des kommunistischen Antrages, der die Aufhebung des Streikverbots für die Beamten verlangte, das Unmögliche, Gnade und Arggnade der Regierung und des Reichstages als höchstes Gebot anzuerkennen und stillschweigend zu verhungern und zu verkommen.

Ein paar Tage, nachdem dies im Reichstage geschehen, haben dieselben bürgerlichen Parteien und die Regierung, die die Ablehnung der Forderungen der Beamten und Staatsarbeiter mit der Finanznot begründeten, einen Kompromiß in Bezug auf die angeblich beabsichtigte beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers abgeschlossen, der den Kapitalismus jenseitiger Hintertürchen öffnet, daß dem Staatslädel nicht viel Vermögenssteuern auf Grund der schließlich beschlossenen Verordnung zuzufügen werden. Gleichzeitig bewilligten dieselben Parteien im preussischen Landtage den höheren Beamten bedeutende Gehaltserhöhungen.

Für Gruppe VI ist das Anfangsgehalt Mk. 5 800  
" " XII " " " 11 200  
" " XIII " " " 13 200

Feldpredigte, Generalmajore, Generalleutnants und ähnliche Amt- und Würdenträger aus den Zeiten Wilhelms des Dritten bekommen Anfangsgehälter von Mk. 22 000 bis Mk. 38 000.

Diese Ereignisse beleuchten grell die Situation. Regierung, bürgerliche Parteien, hohe Staatsbürokratie, Kapitalisten und Agrarier sind sich einig darin, losse es wolle, gut, fett, steuerfrei leben zu wollen auf Kosten der unteren Beamten und der ganzen werktätigen Bevölkerung. Große Teile der Beamtenenschaft wissen, was ihnen bevorsteht, wenn sie den Beschluß der Regierung und des Reichstages willens- und talentlos wie eine Hammelherde hinnehmen würden. In zahlreichen Resolutionen geben Staatsarbeiter, mittlere und untere Beamte ihren Willen zum Streik kund und von überall wird uns eine lebhaftige Stimmung für den Streik gemeldet.

Was müssen die Beamten jetzt tun?

Soll der Streik mit Erfolg geführt werden, dann sind zwei Voraussetzungen zu erfüllen. Es muß vorhanden sein eine nach Lage der Dinge bis zum äußersten kampfbereite Streikleitung und geschaffen werden eine gemeinsame Front der Beamten und Staatsarbeiter mit den Arbeitern und Angestellten des Privatkapitals. Die Parteioorganisationen müssen öffentliche Versammlungen veranstalten, in denen Eisenbahner und Beamte über den Stand der Lohnbewegung berichten, um die enge Kampfgemeinschaft für den Streik zwischen Arbeitern und Beamten zum gemeinsamen Kampf herzustellen.

Daß die Leitungen aller Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter nicht die Garantie für das erfolgreiche Streikleitung geben können, hat ihr bisheriges kompromittiertes, zum Teil kriecherisches Verhalten bei der Gehaltsbewegung gezeigt. Die Zeit ist jedoch zu lang, um diese Organisationsleitungen noch vor dem Streik mit Kampf-

Zum Tode Karl Legien.

Am Sonntag morgen ist, wie bereits gemeldet, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien, nach kurzem Krankenlager gestorben. Die Kriegssozialisten Deutschlands verlieren in ihm zweifellos ihren bedeutendsten Kopf. Zwar hörte man in den Kreisen dieser Leute oft Spottreden und absfällige Bemerkungen über den Führer des A. D. G. und manchmal sah es so aus, als ob Legien ein abgetaner Mann auch in seinem Kreise geworden war. Bei kritischen Situationen tauchte Legien aber immer wieder aus dem Hintergrunde auf und zwang den anderen seinen Willen auf. Während des Rapp-Bußches trat Legien für mehrere Wochen in den Mittelpunkt des politischen Lebens Deutschlands. Als der prominenteste Vertreter der acht Punkte, die den offenen Kampf des Proletariats gegen die Konterrevolution zum Abschluß brachten, erschien Karl Legien als der Mann, in dessen Hände das Schicksal der Arbeiterklasse Deutschlands gelegt war. Und noch einmal trat der Mann als Vertreter einer großen Macht der zehn Millionen deutscher Gewerkschaftler auf der Tagung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in London auf die Öffentlichkeit. Bald nach seiner Rückkehr war Legien ein totter Mann und an seiner Wache werden sicherlich Hunderttausende die Lücke betauern, die sein Tod gerissen hat. Legien war ein Mann, der wenig redete. Aber unter seinen Anhängern galt sein Wort unendlich viel. Die Kriegssozialisten werden seinen Verlust schwer spüren. Legien war für sie zwar keine propagandistische, aber dafür eine um so besser erhaltene organisatorische Kraft. Legien war ein typischer Konservativer, und als konservative Kraft in der deutschen Arbeiterbewegung hat er allen Reaktionen die größten Dienste erwiesen. In einer dem Untergang geweihten Gesellschaftsordnung, für eine alte privilegierte Positionen verteidigende Gesellschaftsschicht war Legien ein treuer Ecksteiner. Der Mann ist aus den kleinsten Verhältnissen emporgestiegen zu dem Führer der größten Arbeiterorganisation der Welt. Dennoch war Legien nur ein sehr mittelmaßiger Mensch. Er war ohne jeden großen Gedanken, er hatte nie eine Ader für einen entschlossenen Kampf der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System. Daß er dennoch seine Genossen überragte, daß er im Mittelpunkt der Arbeiterbewegung Deutschlands stehen konnte, resultiert aus der Zeit und aus den Umständen, unter denen Legien lebte. Nie tauchte in seiner Umwelt der Wille auf, die Zustände der Gesellschaft durch die bewußte Aktion der Arbeiterklasse schnell und grundlegend zu ändern. Ausweichend vor den Konsequenzen des Klassenkampfes waren die Zeichen, unter denen die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges litt, und diese Lattit der Feigheit, die alles beherrschte, fand in Karl Legien ihren typischen Vertreter. Er hatte eine gute Nase — nicht für die Notwendigkeiten der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem kapitalistischen Joch — aber für die Tragfähigkeit des von einer senilen Gewerkschaftsbürokratie beherrschten Apparates. Unter Legiens Regierung wurden solche offensichtlichen Verräter der Arbeiterklasse, wie Samuel Compers, den Arbeitern Deutschlands als große und aufrichtige Vorkämpfer der proletarischen Sache vorgeführt und jeder Zweifel an der Tüchtigkeit und Ehrlichkeit dieser Leute als Majestätsverbrechen geahndet. Die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft erkrankte unter der Führung Legiens am Imperialismus und als der Krieg ausbrach, erlag sie der von Legien inaugurierten Bürgerfriedensstimmung, solidarisierte sich mit dem Unternehmertum und war willenloses Werkzeug der Gewaltpolitik der wühelmischen Generale. Legien rechtfertigte diese „neue Politik zur Verwirklichung der Arbeiterinteressen“, und als in der deutschen Arbeiterchaft 1915 eine größere Opposition aufsteimte gegen die Kriegspolitik, war es Legien, der erklärte, man müsse eine neue Partei gründen zur Fortsetzung der Kriegspolitik des 4. August, wenn die Opposition der sozialistischen Parteien siegen sollte. „Die Kriegspolitik ist die einzige richtige und mögliche Politik, an der die Gewerkschaften unter allen Umständen festhalten müssen.“ Legien wurde der schärfste Befürworter des Kriegsdienstgesetzes, das die Arbeiterklasse gänzlich dem sogenannten Hindenburg-Programm unterwarf, daß jede Opposition gegen den Krieg unmöglich machen sollte. Legien erlaubte bald und sprach es aus, daß der Krieg nicht ohne die Hilfe und das Einverständnis der Gewerkschaften geführt werden konnte. Wer von den deutschen Arbeitern gegen Krieg war, war bei Karl Legien ein Verräter an der Sache des Vaterlandes, den man mit jedem Mittel vernichten durfte. Diese Ansichten ihres Meisters setzten die kleinen Gewerkschaftsbouzen in die Praxis um, sie maßregelten und denunzierten alle, die nicht mit in ihre Horn bliesen. Bis zum 8. November 1918 war Legien ein verbissener Gegner der Revolution. Als am Horizont der wirtschaftliche Zusammenbruch und die militärische Niederlage auftauchten, gründete Hugo Stinnes mit Legien die Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, und Legien wurde ihr eifrigster Apostel. Die Politik des Bürgerfriedens im Krieg und die Arbeitsgemeinschaft nach der Revolution haben der Arbeiterchaft mehr als alles andere geschadet. Wir Kommunisten klagen Legien als den ersten Träger solcher abenteurerischen Ideen und Organisationen an. Wir setzen mit Recht in diesem Geiste, den dieser Mann in der Arbeiterchaft pflanzte und pflegte, die härteste Strafe der Konterrevolution, und dementsprechend waren wir zu Legien und seinen Plänen eingestellt. Wie im nationalen Maßstabe, so war auch im internationalen Verhältnis Legien ein Schädling. Er war vor dem Kriege wie nach der Revolution ein Führer der jetzt unter dem Titel „Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale“ bekannten Gewerkschaftsverbände. Diese Organisation

...Kollegen zu besetzen. Es gilt daher, die jetzigen Organisationsleitungen der Beamtenorganisationen durch Wahlen zum Streik in den Organisationen, Versammlungen und Betrieben vorwärts zu treiben. Gleichzeitig müssen die Beamten gegen alle wahrscheinlichen und eventuellen Gefahren, die mit diesem Zustand verknüpft sind, sich hüten. Die größte Gefahr besteht darin, daß eine Streikleitung, die durch die Streikenden an die Spitze der Front getrieben wurde, demoralisierend auf die Wandlenden wirkt und jederzeit bereit sein wird, gestützt auf wandlende Teile der Streikenden, davonzulassen und in Verhandlungen mit der Regierung die Sache der Beamten und Staatsarbeiter zu versetzen. Nicht durch Ausharren an der Spitze der Streikfront und Festhaltung der Hartnäckigkeit der Regierung anfeuernd auf die Wandlenden zu wirken.

Die einzige Sicherung gegen die Gefahr einer derartigen Streikführung, die bei den jetzigen Organisationsleitungen mehr als wahrscheinlich ist, besteht in einer Selbsthilfe der kampfbereiten unteren Beamtenschaft. Sie muß sich sofort zunächst örtliche Betriebsräte und dann weiter die Wirtschaftsbereiche Bezirks-Betriebsräte wählen. Aufgabe der Betriebsräte ist es, jetzt durch Versammlungen usw. anfeuernd auf die untere und mittlere Beamtenschaft und die Organisationsleitungen zu wirken und in dem Moment, in dem die Organisationsleitungen versagen, die Streikleitung zu übernehmen.

Sofort müssen die Bezirks-Betriebsräte der Staatsarbeiter durch Beamte ergänzt werden und an jedem Ort und über das ganze Reich auf die Herstellung einer gemeinsamen Front mit den Arbeitern und Angestellten des Privatekapitals und den Arbeitslosen hinwirken. Erfüllen die örtlichen Leitungen diese Aufgabe nicht umgehend, dann müssen die Betriebsräte mit den Organisationen der Arbeiter und Angestellten in Verbindung treten. Das ist äußerst wichtig, denn ohne die Unterstützung der Arbeiter und Angestellten werden die Beamten nicht dem Angriff des gesamten kapitalistischen Machtapparates gewachsen sein. Die Berliner Elektrizitätsarbeiter verloren ihren Streik trotz ihrer Lebenswichtigkeit, weil sie allein im Kampfe blieben, während die Macht des bürgerlichen Staates schlagfertig gegen sie mobilisiert wurde. Dem muß die Beamtenschaft und Staatsarbeiterschaft vorbeugend entgegenwirken, indem sie den Anstoß zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform mit den Arbeitern und Angestellten gibt.

Hauptpunkte der gemeinsamen Plattform müssen sein:

- 1. Sofortige Heraushebung aller Gehälter, Löhne und der Arbeitslosenunterstützung auf das notwendige Existenzminimum. Dieses wird durch die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten festgestellt.
2. Sofortige Wiederaufnahme der Produktion in den eingestellten und eingeschränkten Betrieben der Industrie und Landwirtschaft.
3. Anpassung der Produktion und des Verkehrs an den Bedarf des arbeitenden Volkes, unter Kontrolle der Organisationen desselben.
4. Kontrolle der Preisbildung, der Klassen und Lebensmittelpreise durch die Betriebs- und Beamtenträte, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kleinrentner.

Das ist das, was jetzt sofort zur Herstellung einer in geistiger und organisatorischer Beziehung kampfbereiten und kampffähigen großen Front in Angriff genommen werden muß. Mit der Vorbereitung sind natürlich die Probleme und Aufgaben, die der Streik selbst stellen wird, noch nicht erledigt.

Internationale.

Der 8. allrussische Sowjetkongreß.

Am 22. Dezember, um 11 Uhr vormittags, wurde der 8. allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter, Bauern, Soldaten und Rotarmadepublikisten im großen Staatstheater von Moskau feierlich eröffnet. Der ungeheure Theaterjauch ist überfüllt. Es sind die Vertreter der kommunistischen Internationale, ausländische Bolschewiken und Genossen anwesend.

Nach einer Begrüßungsansprache, mit der im Auftrage des Präsidiums des Zentralkomitees dessen Vorsitzender J. Kalinin den Kongreß eröffnet, werden auf Verlangen der kommunistischen Fraktion des Kongresses einstimmig folgende Beschlüsse in das Kongreßpräsidium gewährt: Kalinin, Lenin, Krasin, Sinowjew, Kamenew, Rykow, Bucharin, Serdjatschew, Smirnow, Zinowiew, Tschkalow, Mandelstam, Gantshin, Scharanow, Kollontaj, Rad-Schickow, Djerow, Petrow, Petrowichin. Die zwei letzten sind parteilos.

Nach mehreren Begrüßungsansprachen beschließt der Kongreß einstimmig an die Rote Armee, an das französische Proletariat und an sämtliche in die Sowjetföderation eingetretenen Republiken Begrüßungsgramme zu richten.

Sodann erhält Genosse Lenin das Wort. Bei seinem Erscheinen an der Tribüne begrüßen Hunderte Delegierten Lenin in laug erhaltendem Beifall den Führer der Weltrevolution.

„Es ist schön“, beginnt Lenin, „wir sind die politischen Organisatoren und Organisator unter dem Druck der kapitalistischen Weltrevolution einen Krieg aufzubringen haben. Nun ist der Krieg zu Ende und wir stehen vor einem Frieden, der für uns vorteilhafter ist als jezt, den wir Polen vor dem Kriege angeboten haben. Der Preliminarfrieden mit Polen ist unterzeichnet.“

Die Politik der Entente.

Während auf ausländische Unterstützung, welche die Sowjetmacht eingestrichelt war, schon im letzten Weltkriege ein Zusammenbruch. Die Zahl der Staaten, welche mit uns Frieden geschlossen haben, wächst zusehender. Man kann

mit Gewißheit behaupten, daß der endgültige Friedensvertrag zwischen Sowjetrußland und Polen in der aller nächsten Zeit unterzeichnet wird. Unsere zeitweiligen Misserfolge in dem Kriege mit Polen entstanden dadurch, daß wir gleichzeitig gegen Wrangel kämpfen mußten, der durch Frankreich anerkannt wurde und eine unerhörte Unterstützung seitens der Westmächte erhielt. Sie wissen, was für einen ungewöhnlichen Heroismus unsere rote Armee zeigte, indem sie der südrussischen Konterrevolution den entscheidenden Stoß versetzt hat. Der Krieg, der durch die Weißgardisten und durch die Imperialisten aller Länder uns aufgezwungen wurde, ist dadurch liquidiert worden. Wir können nun mit größerer Sicherheit an die Sache des wirtschaftlichen Aufbaus herantreten, aber wir müssen auf der Hut sein. Die Kampfbereitschaft müssen wir um jeden Preis behalten, um uns vor eventuellen Ueberfällen zu sichern. Wir müssen die Kampffähigkeit der Roten Armee steigern! (Beifall.)

„Unsere Nachbarn“

fährt Lenin fort, „haben früher unsere Friedenspolitik als ein Zeichen unserer Schwäche interpretiert. Nun müssen die Nachbarn einsehen, daß in einem Moment, wo wir die nachgiebige Friedensstimmung äußern, wir gleichzeitig in militärischer Hinsicht bereit sind. Mit einer Reihe von unseren westlichen Nachbarstaaten haben wir endgültige Friedensverträge gemäß den Prinzipien unserer Politik abgeschlossen. Eine Zeitlang haben sich unsere Beziehungen zu Lettland verschlechtert, aber gegenwärtig scheinen sämtliche Mißverständnisse aus dem Wege geräumt zu sein, und wir können für die nächste Zeit mit der Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Lettland rechnen.“

Bei Untersuchung der

Situation im Osten

führt Lenin a. a. aus: „Wir haben mehreren Völkern im Orient geholfen nicht nur ihre nationale Selbständigkeit zu sichern, sondern die Macht der Arbeitenden zu errichten. Der Gedanke der Bauernsowjets hat im Orient gesiegt. Wir müssen die bevorstehende Unterzeichnung eines Vertrages mit dem freundschaftlichen Persien begrüßen, welches durch die Imperialisten getrübt wurde. Wir können konstatieren, daß unsere Freundschaft mit Afghanistan und besonders mit der Türkei immer fester wird. Das Bündnis und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Orientländern werden dadurch gesichert, daß die Weltpolitik der imperialistischen Mächte unwiderruflich Annäherung, Bündnis und Freundschaft zwischen uns und sämtlichen ausgebeuteten Völkern herbeiführt. Die Grundsätze unserer Politik im Orient sind zweifellos richtig.“

Was unsere

Beziehungen zu England

betrifft, so setzen wir die Verhandlungen fort und der Abschluß eines Handelsvertrages steht bevor. Die Verhandlungen werden durch Verhinderungen jener englischen Regierungstruppe verzögert, welche trotz der nicht nur in den Arbeitermassen, sondern auch in der englischen Bourgeoisie herrschenden Tendenz zur Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland, jedes Abkommen mit einer sozialistischen Republik verhindern wollen. Je länger England den Abschluß eines Handelsabkommens mit uns verzögert, desto schneller nähert es sich dem Moment, wo es mit uns ein endgültiges Handelsabkommen schließen muß wird.“

Ueber die Konzessionen

erklärt Lenin u. a. folgendes: „Das Gesetz über die Konzessionen, welches durch die Sowjetregierung im Auslande allgemein bekannt gegeben worden ist, gehört zu den wichtigsten von uns angenommenen Gesetzen. Jeder Konzessionsvertrag wird durch eine festgesetzte Frist bedingt und mit sorgfältig durchdachten Garantien versehen werden, welche noch von dem gegenwärtigen Kongreß zu überprüfen sind. Die Konzessionen sind eine gewisse Loslösung für Kapitalisten. Auf dem Wege der Konzessionen werden wir die Kapitalisten für die Teilnahme an dem Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft gewinnen. Ohne die Verwertung unserer Industrie mit besten technischen Mitteln kapitalistischer Staaten ist es ein rascher Wirtschaftsaufbau nicht zu denken. — Der gegenwärtige Moment ist ein Wendepunkt. Wir gehen

vom Krieg zum Aufbau

über. Die Diktatur des Proletariats war erfolgreich, weil sie Zwang mit Überzeugung zu kombinieren wußte. Die Diktatur des Proletariats setzt sich nach vor einem entscheidenden unüberwindlichen Ausbruch des kapitalistischen Zwanges, denn die fortschrittliche Klasse verweigert diesen Zwang im Namen der Interessen der Arbeiter und Ausgebeuteten. Die Erfahrungen, die die Bauernschaft bei Denikin, Kollschak, Wrangel usw. gemacht hat, hat sie bereits überzeugt, daß die Rettung des Proletariats die einzige ist, welche den Bauern retten kann. An der Arbeitsfront müssen wir den neuen Verhältnissen in einem breiteren Maßstabe Rechnung tragen. Je tiefer die von uns vorgenommene Umgestaltung ist, um so intensiver muß das Interesse immer neuer Millionen von Arbeitenden an dieser Umgestaltung sein.

Gegenwärtig lauden neue Aufgaben der

Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes,

der Umwandlung aller Grundzüge der Wirtschaft Rußlands auf. Das ist eine Aufgabe, an deren Erfüllung man hauptsächlich alle Mitglieder der Gewerkschaften heranziehen muß. Es ist eine neue Sache, die ihnen unter kapitalistischer Ordnung fremd geblieben ist. Man muß es erreichen, daß die Bauernmassen und die Mitglieder der Gewerkschaften es schaffen, daß Rußland von Arbeitern und den Bauern geleitet. Nur die massive Selbsttätigkeit und die Selbständigkeit der Arbeiter und Bauern in der Verwirklichung der Durchführungspläne eines einheitlichen Wirtschaftsplanes. Jeder halbherzige Versuchungen gibt es keine Rettung! (Beifall.)

eben durch die Führerschaft der Begiene aller Länder der Thomas, Jouhaux, Appleton usw. schon in den Augen aller Revolutionäre gerichtet. Es entbehrt eines ironischen Beigeschmacks nicht, daß die Begiene, die Campers, die Thomas, die Appletons usw. im Kriege sich so beschimpften, wie sie sich vor dem Kriege und auch jetzt wieder lobten und loben. Begien ist durch diese Tatsachen als ein internationaler Typ der Gewerkschaftsbewegung der Sozialpatrioten aller Länder höchstens charakterisiert.

Uns Kommunisten war weniger der Mann, als der Geist den er vertrat, ein feindliches Element. Wir kämpften gegen Begien, solange er lebte, wir werden weiter kämpfen gegen den Geist, dessen Träger der Tote war. Diesen gilt es niederzujagen, ehe die Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampfe vorwärtsschreiten kann. Erst wenn dieser Geist getötet ist, wird für uns Begien tot sein. Jetzt rufen schon die Träger dieses Geistes:

„Begien ist tot — es lebe Bauer.“

Der Bakai der Reaktion ist gestorben, der Hausknecht tritt an seine Stelle.

### Mit dem Hute in der Hand.

Herr Friß Ebert, ehemals Führer einer Arbeiterpartei, die die Welt erobern wollte, nunmehr Vertreter des bürgerlichen Deutschland, das auf einer Räuberei verunglückt, mit zerschundenen Knöcheln im Graben liegt, richtete einen Brief an den Reichskanzler, der den Dank dieses Führers der Nation an die mildtätigen, barmherzigen Kreise der Entente und der Neutralen richtet, die aus den Wucherprozenten, die sie aus dem Handel mit dem verhungerten Deutschland machen, ein halbes Prozent zum Ankauf von kondensierter Milch und Speck anlegen, durch welche Mildtätigkeit erreicht wird, daß Deutschland im entsprechenden Tempo Hungers sterbe. Mit tränenden Augen und mit vor Mühsal stockender Stimme dankt er ihnen für die großzügige Tätigkeit und verspricht ihnen unauslöschliche Dankbarkeit des deutschen Volkes.

Solange die deutschen Arbeiter nicht imstande sind, der Bourgeoisie das Genick zu brechen, sind sie auch nicht imstande, vom Throne Wilhelms Ebert wegzujagen. Aber das bedeutet nicht, daß sie kein Mittel haben, diesem gutklingenden Bettler bekannt zu machen, daß er kein Recht habe, in ihrem Namen dem verhassten Geinbel, das die Welt heute noch ausbeutet, für diese mildtätige Tätigkeit zu danken. Möge Herr Ebert in der Zukunft der deutschen Bourgeoisie öffentliche Dankagungen übermitteln dafür, daß sie ihm sein Gehalt verdoppelt hat, damit er seine Sorgen mit Vidor verschuchen könne, er lasse aber seine Hände vom deutschen Volke und wage es nicht, sich in der Gestalt eines Bettlers dem Auslande zu zeigen. Man braucht kein Nationalist zu sein, um das als nationale Schmach zu empfinden.

### Für Franz Jung.

Genosse Levi hat im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht:

Der Schriftsteller Franz Jung ist vor vielen Wochen verhaftet worden und befindet sich zurzeit in Untersuchungshaft in Cuxhaven. Er ist beschuldigt, auf seiner Fahrt nach Rußland strafbare Handlungen gegen den Schiffskapitän begangen zu haben. In jedem Falle steht fest, daß er die ihm zur Last gelegten Handlungen lediglich aus politischen Motiven, ohne jeden persönlichen Eigennutz und in lauterster Gesinnung begangen hat. Er wird trotzdem in Cuxhaven im Gefängnis als gemeiner Verbrecher behandelt.

Ist die Regierung gewillt dafür zu sorgen, daß auch Jung die geringen Vergünstigungen erhält, die selbst in Deutschland politischen Verbrechern eingeräumt zu werden pflegen und in allen zivilisierten Ländern in viel höherem Grade bei politischen Delikten gewährt werden?

Ich begnüge mich mit schriftlicher Antwort.

Dr. Levi.

### Die Leipziger Bauarbeiter für die Moskauer Gewerkschaftsinternationale.

Am 20. Dezember fand im großen Saal des Volkshauses in Leipzig eine Mitgliederversammlung des Bauarbeiter-Verbandes, Bezirksverein Leipzig, mit dem Thema: „Gewerkschaften und Moskauer Gewerkschaftsinternationale“. Die Zentrale der B. R. P. D. hatte Genossen Volk-Berlin als Referenten, die U. S. P. D. Keder-Berlin als Korreferenten entsandt. Die Veranstaltung war von etwa 600 Mitgliedern besucht und endete mit einem großen Sieg der Anhänger der Moskauer Gewerkschaftsinternationale. Nach den Referaten, reger Diskussion und den Schlussworten wurde ein Antrag, der jede Gemeinschaft mit der Kämpferdamer Gewerkschaftsinternationale verwirft und sich für den Anschluß an die rote Moskauer Gewerkschaftsinternationale erklärt, mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Ein gleicher Antrag wird von dem Leipziger Bezirksverein des Bauarbeiter-Verbandes dem nächsten Verbandstag vorgelegt werden.

### Ein neuer Erfolg in Halle.

Am Dienstag fand in Halle eine Urwahl von großer gewerkschaftlicher Bedeutung statt. Die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes hatten darüber abgestimmt, ob dem ersten Bevollmächtigten Winkler gestimmt werden sollte oder nicht. Herr Winkler, der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftsartikels, hat sich redlich bemüht, dieses Kartell zum letzten Stützpunkt der Unabhängigen in Halle zu machen. Innerhalb seines Verbandes hat er alles aufgegeben, um sich seinen Einfluß zu sichern. Die Stimmgabel bei der Urwahl waren mit einem Jungblatt verbunden, das seine Verdienste hervorhob und die niederträchtigen Verleumdungen gegen die 3. Internationale enthielt. Bei aller Unbill genügt, die Mitglieder haben seine Forderung bejaht und wieder ist ein Verbandstare in Halle gestimmt.

## Provinz.

### Waldenburger Revier.

#### Die Furcht vor der kommunistischen Zelle.

Unsere hiesigen Gewerkschaften schreiben uns: Wie die Gewerkschafts-Vertriebszentrale arbeitet und die Revolution sabotiert, beweist folgende Karte:

Bad Salzbrunn, 20. 12. 20.

W. G. Schiller!

Unter Bezugnahme auf Dein Schreiben vom 27. 2. und meine Karte vom 29. gl. Mts. bin ich beauftragt, Dir folgendes mitzutellen:

Der Volksgarant der B. R. Zentrale beschloß in seiner ersten Sitzung am 18. 12. von einem Referat über den B. R. Kongress abzusehen, da es angesichts der inzwischen verfloßenen langen Zeit lächerlich (!) wirken müßte.

Für Dein freundliches Angebot besten Dank.

Mit Gruß

Martin Hirsch.

Es kam den Arbeitsgemeinschaftlern nur darauf an, einen Kommunisten nicht sprechen zu lassen. Daß so eine lange Zeit verfloß, ist Schuld der B. R. Zentrale und läßt tief blicken. Für das Hinausschieben aller aktuellen Fragen der Arbeiterklasse erhalten die Revolutionsstieber ihr Gehalt. Wofür werden Beiträge gezahlt? Zur Verdummung? Wir haben doch genug solche Institute. Fort mit solchen Kapitaldienern. Anstelle der Verräter müssen ehrliche Revolutionäre aus dem Arbeitsverhältnis herausgenommen werden.

### Sauer.

Die hiesigen Arbeitslosen forderten von der Stadt in einem Dringlichkeitsantrage eine Beihilfe von 150 M. für Familien mit mehr als 2 Kindern pro Kopf noch 50 M. für Erwerbslose, die dieses Jahr bis 6 Wochen ohne Arbeit waren, ebenfalls noch 50 M. Außerdem Abschaffung der Karenzzeit, Einrichtung einer Volkstüche, sowie für jeden Erwerbslosen pro Woche ein Brot und 2 Zentner Brennmaterial. Vor allem aber verlangten sie Arbeit. In der Magistrats-Sitzung wurde jedem Erwerbslosen 30 M. und die Errichtung der Volkstüche bewilligt. Die Stadtverordneten, die in extra dazu einberufener Versammlung nur zu diesem Punkte Stellung nahmen, sahen die Not ein und bewilligten 50 M. für jeden Arbeitslosen (in der Stadt) und die Volkstüche, ferner vom 2. Januar 1921 ab ein Brot und 2 Zentner Brennmaterial für jeden Haushaltungsvorleger. Brot und Brennmaterial nur bis zum 1. März.

## Lothales.

Breslau, den 30. Dezember 1920.

### Die Verdrehungskünste der Schuldigen.

#### Der Polizeibericht.

„Nach bei dem Polizeipräsidenten eingegangenen Meldungen beabsichtigte die kommunistische Partei, wie dies bereits in anderen Städten geschehen ist, eine Demonstration zu veranstalten, die sich gegen das Rathaus richten sollte.“

Der Polizeibericht behauptet, die Demonstration sollte sich gegen das Rathaus richten. Diese Formulierung ist der Schieberkaff eines Schmocks, der genau weiß, daß „gegen das Rathaus“ (d. h. gegen Personen oder Sicherheits-Wachen im Rathaus) nicht der geringfügigste feindselige Akt geplant war und der dennoch bei den dummen, feigen Spießbürgern den Eindrud hervorrufen will, als planten die künsteressenden Spontalkisten „wieder“ einen „Rutsch“. Weshalb bedient sich die Polizeidirektion dieses Schieberkaffs der Schmocks? Weil sie sich schuldig fühlt am Blatbad und die Tatsache ihrer Schuld verschleiern will.

Weiter der Polizeibericht:

„Eine Anfrage bei dem Erwerbslosenrat und bei den Gewerkschaften ergab, daß beide Stellen dieser Veranstaltung nicht nur fern, sondern direkt ablehnend gegenüberstanden. Dementsprechend warnten sie auch in einer Notiz in den gestrigen Morgenzeitungen vor dieser Veranstaltung.“

Das ist wirklich etwas stark!

Die B. R. P. D. beabsichtigt eine Demonstration für die wirtschaftlichen Tagesforderungen der Arbeiter, Erwerbslosen und Beamtenenschaft. Die Polizeidirektion erhält davon Kenntnis und — fragt nicht etwa bei der B. R. P. D. nach dem Programm der Kundgebung, nein, sondern wendet sich an das

Gewerkschaftskartell und Erwerbslosenrat mit der Frage, ob sie es demonstrieren. Die Polizeidirektion erhält die Antwort, daß dies nicht der Fall sei. Das genügt der Polizeidirektion. — Kommunistische Demonstrationen können nicht gesagt werden, Kommunisten stehen außerhalb der Gesetze. — Halli! Auf zur feisch-fröhlichen Kommunisten auf dem Palaisplatz!

Sie geben zu: Nicht Recht und Gesetz bestimmtes Handeln, sondern Macht, Haß und — Dummheit. — Sie suchen sich jetzt hinter den Hochhagen der Gewerkschaften und einem der Nachwächter vom Erwerbslosenrat zu verstecken (auf deren klägliche Rolle wir auch noch zurückkommen werden). Doch unsere Pflicht ist es, die feigen Schindler ans Licht zu zerren.

Das Verlegenheitsgestammel der Polizeidirektion geht weiter:

„Der Herr Oberbürgermeister erklärte dem Polizeipräsidenten auf Anfrage, daß er unter keinen Umständen eine Abordnung, die nicht vom Erwerbslosenrat an ihn bevollmächtigt sei, empfangen würde.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß der Vorsitzende des Erwerbslosenrates Schey unserm Genossen, Landtagsabgeordneten Ziegler, am Donnerstag des 27. Dezember ausdrücklich mitgeteilt hat, daß er vom Magistrat die Zustimmung erhalten hatte, trotz des Feiertages würden die maßgebenden Personen im Rathaus anwesend sein, um die Deputation der Demonstranten zu erwarten und mit ihr zu unterhandeln. Wer hat gelogen?

„Seit einigen Tagen wurden in der Stadt Aufrufe der kommunistischen Partei verbreitet, die sich an alle arbeitenden Klassen wandten und zu der Demonstration, die zugleich auch gegen die Technische Nothilfe und den Bürgerrat sich richten sollte, aufforderten.“

Wieder eine ausgesuchte Unwahrheit. Nicht „Aufrufe“, sondern ein Handzettel wurde von der B. R. P. D. zur Demonstration herausgebracht und auch dieser wurde nicht „seit einigen Tagen“, sondern erst am Tage der Demonstration selber verbreitet. Wenn alle anderen Behauptungen ebenso wahr sind — — —

Weiter stammelt der Polizeibericht:

„In einem öffentlichen Umzuge bei sinkender Dunkelheit mußte angesichts von Elementen, die sich unter den Erwerbslosen befinden, und besonders derjenigen, die sich in einer Großstadt dem Zuge anschließen würden, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit erblickt werden. Diese Auffassung war auch gegenüber der vor einigen Wochen geplanten Erwerbslosen-Demonstration von den Vertretern der Gewerkschaften und dem Erwerbslosenrat selbst geteilt und die Demonstration deswegen abgefragt worden.“

Das ist eine Ausrede und zwar eine äußerst faule. Nicht die Erwerbslosen allein demonstrieren, sondern alle Kategorien der Arbeiter und Beamtenenschaft. Dürfen die nach Einbruch der Dunkelheit auch nicht mehr auf die Straße, mütterliche Polizei? Kannte man sich über weniger provokatorische Abwehrmaßnahmen gegen diejenigen, „die sich in einer Großstadt dem Zuge anschließen würden“, nicht vorher mit der Demonstrationsleitung verständigen?

Gewiß konnte man das, aber man wollte es nicht. Man wollte provozieren! Und jetzt vertriebt man sich jämmerlich hinter gelegentlichen Bemerkungen des Erwerbslosenrats und der Gewerkschaften. Das wird diese Polizei nicht populär machen, aber auf die Kronzeugen ein sehr bezeichnendes Licht werfen.

„Die Erfahrungen, die in anderen Städten bei den von der kommunistischen Partei in den letzten Tagen veranstalteten gleichartigen Demonstrationen gemacht wurden, ließen die Gefahr der Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besonders dringend erscheinen.“

Das kann man denen erzählen, die sich von den Vorgängen dieser Tage nur aus den bekanntlich so wahrheitsliebenden Polizeiberichten informieren — denkenden Arbeitern nicht. Welches sind denn diese „Erfahrungen“, die Sie gemacht haben, Herrschaften von der Polizei?

Die Arbeitslosen haben demonstriert und an vielen Orten die Gewährung einer Weihnachsbeihilfe erreicht. Nirgends ist Blut geflossen. Das war die Erfahrung. Und aus der zogen die Herrschaften von der Breslauer Polizei die Folgerung: In Breslau darf den Erwerbslosen keine Weihnachsbeihilfe gewährt werden, in Breslau muß Arbeiterblut fließen. Deshalb erzeugten die Herrschaften von der Polizei die Gefahr für die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“.

Der Polizeibericht verplappert sich weiter:

„Der Polizeipräsident ließ zwar die Versammlung zu, da der Erwerbslosenrat erklärt hatte, in der

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Wegen Neuorganisation unseres Betriebes

einiger bisher geführter Artikel

# Aufgabe

## vollständiger Ausverkauf

derselben zu und unter dem Kostenpreis.

# 3. Januar

Montag vormittag beginnt dieser Verkauf.

# Petzmodehaus Paul Schorsch & Co.

BRESLAU I

Junkerastraß 22-24

Tel. Ring 9999

